

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Alexander Graf Lambsdorff, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Dr. Marco Buschmann, Britta Katharina Dassler, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Reginald Hanke, Peter Heidt, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Manuel Höferlin, Reinhard Houben, Olaf in der Beek, Dr. Marcel Klinge, Pascal Kober, Oliver Luksic, Alexander Müller, Frank Müller-Rosentritt, Bernd Reuther, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Gerald Ullrich und der Fraktion der FDP

Westbalkanregelung und Visadigitalisierung

Die Westbalkanregelung ermöglicht es den Staatsangehörigen von Albanien, Bosnien und Herzegowina, Nordmazedonien, Montenegro, Serbien und dem Kosovo seit 2016 unabhängig von einer formalen Qualifikation zur Erwerbstätigkeit nach Deutschland einzureisen. Dank der Arbeitsmigration unter der Westbalkanregelung konnten die Konjunktur im Baugewerbe, Gastgewerbe und im Gesundheitswesen wesentlich verbessert, Arbeitsperspektiven geschaffen und zugleich die Zahl der unbegründeten Asylanträge verringert werden. Die Beschäftigung von Arbeitskräften aus dem Westbalkan soll nun aber limitiert werden. Der Referentenentwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales sieht vor, die Westbalkanregelung lediglich um drei Jahre zu verlängern und ein kalenderjährliches Kontingent in Höhe von bis zu 25 000 Zustimmungen der Bundesagentur für Arbeit einzuführen. Die Bundesregierung begründet diese Entscheidung mit der Überlastung der deutschen Auslandsvertretungen in den Herkunftsländern durch die hohe Nachfrage an Visa.

Das „Handelsblatt“ berichtete am 13. August 2020 über die kritischen Reaktionen, mit denen die Wirtschaft sowie die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände auf den Entwurf reagierten. Aus Sicht der Fragestellerinnen und Fragesteller ist die Verlängerung der wirtschaftlich wertvollen Westbalkanregelung angezeigt, eine Begrenzung der Personenzahl jedoch nicht zielführend und auch nicht erforderlich. Eine Verbesserung der Schnittstellen und der Koordination zwischen den beteiligten Behörden und eine vollständige Digitalisierung des Bearbeitungsverfahrens könnten eine schnellere und effizientere Visaerteilung ermöglichen. Sinnvoll erscheint auch eine verstärkte Unterstützung der deutschen Auslandsvertretungen bei der Bearbeitung der Anträge, etwa ab 2021 durch das Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Auf welchem Stand der Visa-Digitalisierung sind die einzelnen Visa-Stellen in den Ländern des Westbalkan (bitte einzeln nach Serbien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Kosovo, Albanien und Nordmazedonien aufschlüsseln)?
2. Wie lange sind jeweils die durchschnittlichen Wartezeiten für einen Termin zur Beantragung eines Visums in den angegebenen Ländern (bitte einzeln nach Serbien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Kosovo, Albanien und Nordmazedonien aufschlüsseln)?
3. Welche Maßnahmen zur Modernisierung und Digitalisierung sind in den betroffenen Visa-Stellen geplant, und innerhalb welches Zeitrahmens sollen diese umgesetzt werden (bitte einzeln nach Serbien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Kosovo, Albanien und Nordmazedonien aufschlüsseln)?
4. Wie hat sich der Personalumfang in den o. g. deutschen Vertretungen seit 2016 entwickelt (bitte pro Jahr nach Land, Entsandten bzw. Ortskräften und Organisationseinheit aufschlüsseln)?
5. In wie vielen und welchen dieser Auslandsvertretungen erfolgt die Terminvereinbarung über einen externen Dienstleister, und in welcher Weise werden die Antragstellenden von diesen Dienstleistern über die Wartezeiten informiert?
6. Werden Möglichkeiten der Schnellvisa-Vergabe für die Länder des Westbalkan geprüft?
Falls ja, um welche Möglichkeiten geht es konkret?
Auf welche Visa-Kategorie beziehen sich die Überlegungen, und innerhalb welchen Zeitraums sollen sie etabliert werden?
7. Wird die Einführung neuer Visa-Kategorien für die Länder des Westbalkan geprüft?
Falls ja, um welche Visa-Kategorien geht es konkret, und wie gestalten sich diese aus?
Innerhalb welchen Zeitraums sollen sie etabliert werden?

Berlin, den 26. August 2020

Christian Lindner und Fraktion